

Saale-Beitung.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

werden die 6 gerapalten Kolonnen...

Ercheint täglich einmal, Sonntags und Feiertags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braubaustraße 17; Verlags-Geschäftsstelle: Markt 24.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich bei postmöglicher Aufstellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Zustellungsgebühr.

Alle Anzeigen... unter „Saale-Beitung“ eingetrag.

Gemeinderat der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnements-Abteilung Nr. 1133.

Nr. 137.

Halle a. S., Mittwoch, den 22. März.

1911.

Deutscher Reichstag.

153. Sitzung, Dienstag, den 21. März, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Delbrück. Präsident Graf Schwerin-Schönau: So wie am 21. März des Jahres 1871...

Die Verlängerung der Fex Erimborn.

An erster Stelle der Tagesordnung steht der Gesetzentwurf über den Hinterbliebenen-Fonds, durch den die Fex-Erimborn...

Abg. Dr. Mugdan (Sp.): Ein Versprechen ist nicht eingelöst worden. Ich verleihe daher die Bemühungen, die Sache...

Abg. Hausmann (N.): Wir sind für die Vorlage. Was hätten die Hinterbliebenen für einen Vorteil, wenn wir sie ablehnen?

Abg. Erimborn (Ztr.): Wenn wir für ein Vorgesetz stimmen, so tun wir es doch, um das Hauptgesetz um so sicherer zu erreichen.

Abg. Graf Westphal (Konf.): Wir sind für das Gesetz. Was soll es den Hinterbliebenen helfen, wenn es fällt? Es ist ganz unmöglich, aus der Reichsversicherungsordnung die Bestimmungen...

Abg. Erimborn (Ztr.): Herr Molkenbuhr hat dieselbe Rede gehalten wie vor einem Jahr.

Abg. Molkenbuhr (Soz.): Es ist ja auch dieselbe Vorlage.

Präsident der Verhandlung Dombos erklärt auf Anfrage, daß der Fonds aus 51,5 Millionen Mark angewachsen ist.

Abg. Behrens (Wirtsch. Bg.): Nimmt der Vorlage zu.

Abg. Dr. Mugdan (Sp.): Wir vermahnen uns gegen die Ausführungen des Abg. Schulz.

Abg. Behr-Arnberg (Ztr.): Wie kann man verlangen, die Hinterbliebenen-Beversicherung vor der Reichsversicherungsordnung in Kraft zu setzen?

Abg. Dr. Mugdan (Sp.): Wenn Sie nicht bis in den frühen Abend sitzen, sondern mit bis morgen Zeit lassen, löse ich die Frage mit Leichtigkeit.

Abg. Staatssekretär Dr. Delbrück: Herr Mugdan tritt sich, wenn er glaubt, daß die Hinterbliebenen-Beversicherung vor der Reichsversicherungsordnung in Kraft gesetzt werden kann.

Abg. Dr. Mugdan (Sp.): Selten ist eine Regierung so ungeschickt vorgegangen, wie gerade bei der Reichsversicherungsordnung. Kommt diese zu Falle, lo hat die Regierung die Schuld.

Abg. Dr. Behr-Arnberg (Ztr.): Das bringt keine Regierung fertig, sich mit Dr. Mugdan über die Verzeigerung zu verständigen.

Abg. Dr. Mugdan (Sp.): Die Regierung hat sich doch gerade auf meine Vorlesung zurückgezogen.

Die Kati-Propaganda. Zur Beibehaltung stehen nunmehr die noch ausstehenden Titel über die Verwendung der Katalagab.

Verwendungswert spezialisiert. Ein Antrag der Volkspartei will bestimmen, daß Organisationen, die politische Zwecke verfolgen, weder mittel- noch unmittelbar Propagandaarbeiten erhalten.

Abg. Spitzig (N.): Das Wort Kati-Propaganda hat einen etwas unangenehmen Reizgehalt, wenn man sie nicht unentbehrlich. Bei der Verteilung der Gelder müssen nicht nur die großen landwirtschaftlichen Organisationen berücksichtigt werden, sondern alle ohne Ausnahme.

Abg. Staatssekretär Richter: Bei den Empfängerproben wird den Abnehmern mehr als bisher entgegen gekommen werden. Bei den Propagandagebern soll ein Unterhalt nicht gemacht werden, aber die Rabatte müssen sich nach der Größe der Abnahme richten.

Abg. Erimborn (Ztr.): Die Kati-Propaganda hat einen etwas unangenehmen Reizgehalt, wenn man sie nicht unentbehrlich. Bei der Verteilung der Gelder müssen nicht nur die großen landwirtschaftlichen Organisationen berücksichtigt werden, sondern alle ohne Ausnahme.

Abg. Dr. Behr-Arnberg (Ztr.): Die Kati-Propaganda hat einen etwas unangenehmen Reizgehalt, wenn man sie nicht unentbehrlich. Bei der Verteilung der Gelder müssen nicht nur die großen landwirtschaftlichen Organisationen berücksichtigt werden, sondern alle ohne Ausnahme.

Abg. Dr. Behr-Arnberg (Ztr.): Die Kati-Propaganda hat einen etwas unangenehmen Reizgehalt, wenn man sie nicht unentbehrlich. Bei der Verteilung der Gelder müssen nicht nur die großen landwirtschaftlichen Organisationen berücksichtigt werden, sondern alle ohne Ausnahme.

Abg. Dr. Behr-Arnberg (Ztr.): Die Kati-Propaganda hat einen etwas unangenehmen Reizgehalt, wenn man sie nicht unentbehrlich. Bei der Verteilung der Gelder müssen nicht nur die großen landwirtschaftlichen Organisationen berücksichtigt werden, sondern alle ohne Ausnahme.

Abg. Dr. Behr-Arnberg (Ztr.): Die Kati-Propaganda hat einen etwas unangenehmen Reizgehalt, wenn man sie nicht unentbehrlich. Bei der Verteilung der Gelder müssen nicht nur die großen landwirtschaftlichen Organisationen berücksichtigt werden, sondern alle ohne Ausnahme.

Abg. Dr. Behr-Arnberg (Ztr.): Die Kati-Propaganda hat einen etwas unangenehmen Reizgehalt, wenn man sie nicht unentbehrlich. Bei der Verteilung der Gelder müssen nicht nur die großen landwirtschaftlichen Organisationen berücksichtigt werden, sondern alle ohne Ausnahme.

Abg. Dr. Behr-Arnberg (Ztr.): Die Kati-Propaganda hat einen etwas unangenehmen Reizgehalt, wenn man sie nicht unentbehrlich. Bei der Verteilung der Gelder müssen nicht nur die großen landwirtschaftlichen Organisationen berücksichtigt werden, sondern alle ohne Ausnahme.

Abg. Dr. Behr-Arnberg (Ztr.): Die Kati-Propaganda hat einen etwas unangenehmen Reizgehalt, wenn man sie nicht unentbehrlich. Bei der Verteilung der Gelder müssen nicht nur die großen landwirtschaftlichen Organisationen berücksichtigt werden, sondern alle ohne Ausnahme.

Abg. Dr. Behr-Arnberg (Ztr.): Die Kati-Propaganda hat einen etwas unangenehmen Reizgehalt, wenn man sie nicht unentbehrlich. Bei der Verteilung der Gelder müssen nicht nur die großen landwirtschaftlichen Organisationen berücksichtigt werden, sondern alle ohne Ausnahme.

Abg. Dr. Behr-Arnberg (Ztr.): Die Kati-Propaganda hat einen etwas unangenehmen Reizgehalt, wenn man sie nicht unentbehrlich. Bei der Verteilung der Gelder müssen nicht nur die großen landwirtschaftlichen Organisationen berücksichtigt werden, sondern alle ohne Ausnahme.

Abg. Dr. Behr-Arnberg (Ztr.): Die Kati-Propaganda hat einen etwas unangenehmen Reizgehalt, wenn man sie nicht unentbehrlich. Bei der Verteilung der Gelder müssen nicht nur die großen landwirtschaftlichen Organisationen berücksichtigt werden, sondern alle ohne Ausnahme.

Abg. Dr. Behr-Arnberg (Ztr.): Die Kati-Propaganda hat einen etwas unangenehmen Reizgehalt, wenn man sie nicht unentbehrlich. Bei der Verteilung der Gelder müssen nicht nur die großen landwirtschaftlichen Organisationen berücksichtigt werden, sondern alle ohne Ausnahme.

Abg. Dr. Behr-Arnberg (Ztr.): Die Kati-Propaganda hat einen etwas unangenehmen Reizgehalt, wenn man sie nicht unentbehrlich. Bei der Verteilung der Gelder müssen nicht nur die großen landwirtschaftlichen Organisationen berücksichtigt werden, sondern alle ohne Ausnahme.

Abg. Dr. Behr-Arnberg (Ztr.): Die Kati-Propaganda hat einen etwas unangenehmen Reizgehalt, wenn man sie nicht unentbehrlich. Bei der Verteilung der Gelder müssen nicht nur die großen landwirtschaftlichen Organisationen berücksichtigt werden, sondern alle ohne Ausnahme.

Abg. Dr. Behr-Arnberg (Ztr.): Die Kati-Propaganda hat einen etwas unangenehmen Reizgehalt, wenn man sie nicht unentbehrlich. Bei der Verteilung der Gelder müssen nicht nur die großen landwirtschaftlichen Organisationen berücksichtigt werden, sondern alle ohne Ausnahme.

Abg. Dr. Behr-Arnberg (Ztr.): Die Kati-Propaganda hat einen etwas unangenehmen Reizgehalt, wenn man sie nicht unentbehrlich. Bei der Verteilung der Gelder müssen nicht nur die großen landwirtschaftlichen Organisationen berücksichtigt werden, sondern alle ohne Ausnahme.

Abg. Dr. Behr-Arnberg (Ztr.): Die Kati-Propaganda hat einen etwas unangenehmen Reizgehalt, wenn man sie nicht unentbehrlich. Bei der Verteilung der Gelder müssen nicht nur die großen landwirtschaftlichen Organisationen berücksichtigt werden, sondern alle ohne Ausnahme.

Abg. Dr. Behr-Arnberg (Ztr.): Die Kati-Propaganda hat einen etwas unangenehmen Reizgehalt, wenn man sie nicht unentbehrlich. Bei der Verteilung der Gelder müssen nicht nur die großen landwirtschaftlichen Organisationen berücksichtigt werden, sondern alle ohne Ausnahme.

Abg. Dr. Behr-Arnberg (Ztr.): Die Kati-Propaganda hat einen etwas unangenehmen Reizgehalt, wenn man sie nicht unentbehrlich. Bei der Verteilung der Gelder müssen nicht nur die großen landwirtschaftlichen Organisationen berücksichtigt werden, sondern alle ohne Ausnahme.

mission über die angeforderten Summen hinaus erhöht wurden, wird die Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend die Fex-Erimborn zur Erweiterung der Anlagen der Bergverwaltung...

Abg. v. Pappenheim (N.): Von sozialdemokratischer Seite wurde geltend gemacht, daß die Beratung des Gesetzentwurfes verfehlt ist. (Sehr richtig! rechts.) Bei Anruhm handelt es sich um Erweiterungsarbeiten, welche grundräßiglich nicht auf Anleihen übernommen werden sollen.

Abg. v. Pappenheim (N.): Von sozialdemokratischer Seite wurde geltend gemacht, daß die Beratung des Gesetzentwurfes verfehlt ist. (Sehr richtig! rechts.) Bei Anruhm handelt es sich um Erweiterungsarbeiten, welche grundräßiglich nicht auf Anleihen übernommen werden sollen.

Abg. Dr. Glatzer (Ztr.): Ich schließe mich dem Vorredner an. Die Bergverwaltung sollte bei Neuanlagen den Arbeitern etwas Land in Pacht geben. Die Familienstellen sollten gründet sein auf dem Prinzip der freien Verleumdung.

Abg. Dr. Maurer (N.): Ich bestätige ebenfalls eine Lohn-erhöhung der Bergleute im Saarrevier. Eine gesteigerte Kaufkraft der Arbeiter, die durch höhere Löhne eintreten würde, täme auch dem Mittelstand zugute. (Sehr richtig!) Parteipolitische Zwecke kommen hier nicht in Frage. Sachlich ist die Lohn-erhöhung gerechtfertigt.

Abg. Imbusch (Ztr.): Die Rede des Abg. Hoffmann hat uns kein Ansehen, sondern Freude bereitet. Aber so wenig aber gar kein Ansehen, sondern Freude bereitet. Aber so wenig aber gar kein Ansehen, sondern Freude bereitet.

Abg. v. Schubert (N.): Ob das Wohlwollen der Staats-regierung gesteigert wird, wenn die Wünsche der Arbeiter in mehr oder weniger angenehmer Form hier hundertmal vorgebracht werden, beweise ich.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Anleihe zur Erweiterung der Anlagen der Bergverwaltung wird in zweiter und dritter Lesung in der Sitzung der Kommission angenommen.

Abg. Spitzig (N.) begründet einen Antrag, den für Unter-fürsorgung der Invaliden und ihrer Hinterbliebenen ausgehoben Betrag von 120 000 Mark auf 200 000 M. zu erhöhen, wovon die Anspargungskonten vor dem 1. Januar 1908 freigelegt worden sind.

Abg. Spitzig (N.) begründet einen Antrag, den für Unter-fürsorgung der Invaliden und ihrer Hinterbliebenen ausgehoben Betrag von 120 000 Mark auf 200 000 M. zu erhöhen, wovon die Anspargungskonten vor dem 1. Januar 1908 freigelegt worden sind.

Abg. Spitzig (N.) begründet einen Antrag, den für Unter-fürsorgung der Invaliden und ihrer Hinterbliebenen ausgehoben Betrag von 120 000 Mark auf 200 000 M. zu erhöhen, wovon die Anspargungskonten vor dem 1. Januar 1908 freigelegt worden sind.

Abg. Spitzig (N.) begründet einen Antrag, den für Unter-fürsorgung der Invaliden und ihrer Hinterbliebenen ausgehoben Betrag von 120 000 Mark auf 200 000 M. zu erhöhen, wovon die Anspargungskonten vor dem 1. Januar 1908 freigelegt worden sind.

Abg. Spitzig (N.) begründet einen Antrag, den für Unter-fürsorgung der Invaliden und ihrer Hinterbliebenen ausgehoben Betrag von 120 000 Mark auf 200 000 M. zu erhöhen, wovon die Anspargungskonten vor dem 1. Januar 1908 freigelegt worden sind.

Abg. Spitzig (N.) begründet einen Antrag, den für Unter-fürsorgung der Invaliden und ihrer Hinterbliebenen ausgehoben Betrag von 120 000 Mark auf 200 000 M. zu erhöhen, wovon die Anspargungskonten vor dem 1. Januar 1908 freigelegt worden sind.

Abg. Spitzig (N.) begründet einen Antrag, den für Unter-fürsorgung der Invaliden und ihrer Hinterbliebenen ausgehoben Betrag von 120 000 Mark auf 200 000 M. zu erhöhen, wovon die Anspargungskonten vor dem 1. Januar 1908 freigelegt worden sind.

Abg. Spitzig (N.) begründet einen Antrag, den für Unter-fürsorgung der Invaliden und ihrer Hinterbliebenen ausgehoben Betrag von 120 000 Mark auf 200 000 M. zu erhöhen, wovon die Anspargungskonten vor dem 1. Januar 1908 freigelegt worden sind.

Abg. Spitzig (N.) begründet einen Antrag, den für Unter-fürsorgung der Invaliden und ihrer Hinterbliebenen ausgehoben Betrag von 120 000 Mark auf 200 000 M. zu erhöhen, wovon die Anspargungskonten vor dem 1. Januar 1908 freigelegt worden sind.

Abg. Spitzig (N.) begründet einen Antrag, den für Unter-fürsorgung der Invaliden und ihrer Hinterbliebenen ausgehoben Betrag von 120 000 Mark auf 200 000 M. zu erhöhen, wovon die Anspargungskonten vor dem 1. Januar 1908 freigelegt worden sind.

Abg. Spitzig (N.) begründet einen Antrag, den für Unter-fürsorgung der Invaliden und ihrer Hinterbliebenen ausgehoben Betrag von 120 000 Mark auf 200 000 M. zu erhöhen, wovon die Anspargungskonten vor dem 1. Januar 1908 freigelegt worden sind.

Abg. Spitzig (N.) begründet einen Antrag, den für Unter-fürsorgung der Invaliden und ihrer Hinterbliebenen ausgehoben Betrag von 120 000 Mark auf 200 000 M. zu erhöhen, wovon die Anspargungskonten vor dem 1. Januar 1908 freigelegt worden sind.

Abg. Spitzig (N.) begründet einen Antrag, den für Unter-fürsorgung der Invaliden und ihrer Hinterbliebenen ausgehoben Betrag von 120 000 Mark auf 200 000 M. zu erhöhen, wovon die Anspargungskonten vor dem 1. Januar 1908 freigelegt worden sind.

Abg. Spitzig (N.) begründet einen Antrag, den für Unter-fürsorgung der Invaliden und ihrer Hinterbliebenen ausgehoben Betrag von 120 000 Mark auf 200 000 M. zu erhöhen, wovon die Anspargungskonten vor dem 1. Januar 1908 freigelegt worden sind.

Abg. Spitzig (N.) begründet einen Antrag, den für Unter-fürsorgung der Invaliden und ihrer Hinterbliebenen ausgehoben Betrag von 120 000 Mark auf 200 000 M. zu erhöhen, wovon die Anspargungskonten vor dem 1. Januar 1908 freigelegt worden sind.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

34. Sitzung, Dienstag, 21. März 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Espow, v. Belsen.

Der Senat.

(Zweiter Tag.)

Abg. Spitzig (N.) bringt Anträge über Schäden durch die Abwässer der Bergwerke.

Abg. Dr. Maurer (N.) Wünsche der Steiger in bezug auf Lohnaufbesserung vor.

Mit den Titeln „Ausgaben für Materialien und Geräte, Pöbne, Neu- und Erweiterungsbauten, Unterhaltungskosten, Kosten für Landwerb, Wohnplatzzwecke, die sämtlich von der Kom-

besteht jetzt keine vertragliche Abmachung zwischen der Zentralarbeitskammer und der Preussischen Regierung. Die Zentralarbeitskammer ist bereit, sich in jeder Hinsicht zu unterwerfen, doch ist die Preussische Regierung nicht bereit, die Zentralarbeitskammer zu einem Vertrag zu verpflichten. Die Zentralarbeitskammer ist bereit, sich in jeder Hinsicht zu unterwerfen, doch ist die Preussische Regierung nicht bereit, die Zentralarbeitskammer zu einem Vertrag zu verpflichten.

Landrat und Genossenschaftswesen.
In dem den Landräten empfohlen wurde, sich um die Genossenschaften in jeder Weise zu kümmern. Dem kann man nicht zustimmen. Der Landrat soll wohl anregen, Genossenschaften zu gründen. Aber damit sollte die Tätigkeit des Landrats beschränkt sein. Alles, was vom Landratsamt kommt, muss es auch so machen können, wie es ihm beliebt. Die Zentralarbeitskammer ist bereit, sich in jeder Hinsicht zu unterwerfen, doch ist die Preussische Regierung nicht bereit, die Zentralarbeitskammer zu einem Vertrag zu verpflichten.

Finanzminister Dr. Benge. Die Verhandlungen der Landratskonferenzen sind vollständig vertraulich. Der Inhalt der erwähnten Konferenz ist auch hier an der Zentralarbeitskammer nicht bekannt. Ich bin daher außerstande, irgend etwas über diese Konferenz zu sagen. Ich kann es aber nicht für falsch halten, wenn ein Landrat sich in seinem Kreise auch um das Genossenschaftswesen kümmert. (Sehr richtig! rechts.) Dem Landrat muss auch das Genossenschaftswesen in seinem Kreise am Herzen liegen. Er kann durch Gründung von Genossenschaften sehr viel Gutes stiften. Er soll es nur nicht amtlich tun, sondern privatim. Unschicklich würde ich es

Landrat und Genossenschaftswesen.
In dem den Landräten empfohlen wurde, sich um die Genossenschaften in jeder Weise zu kümmern. Dem kann man nicht zustimmen. Der Landrat soll wohl anregen, Genossenschaften zu gründen. Aber damit sollte die Tätigkeit des Landrats beschränkt sein. Alles, was vom Landratsamt kommt, muss es auch so machen können, wie es ihm beliebt. Die Zentralarbeitskammer ist bereit, sich in jeder Hinsicht zu unterwerfen, doch ist die Preussische Regierung nicht bereit, die Zentralarbeitskammer zu einem Vertrag zu verpflichten.

Landrat und Genossenschaftswesen.
In dem den Landräten empfohlen wurde, sich um die Genossenschaften in jeder Weise zu kümmern. Dem kann man nicht zustimmen. Der Landrat soll wohl anregen, Genossenschaften zu gründen. Aber damit sollte die Tätigkeit des Landrats beschränkt sein. Alles, was vom Landratsamt kommt, muss es auch so machen können, wie es ihm beliebt. Die Zentralarbeitskammer ist bereit, sich in jeder Hinsicht zu unterwerfen, doch ist die Preussische Regierung nicht bereit, die Zentralarbeitskammer zu einem Vertrag zu verpflichten.

Landrat und Genossenschaftswesen.
In dem den Landräten empfohlen wurde, sich um die Genossenschaften in jeder Weise zu kümmern. Dem kann man nicht zustimmen. Der Landrat soll wohl anregen, Genossenschaften zu gründen. Aber damit sollte die Tätigkeit des Landrats beschränkt sein. Alles, was vom Landratsamt kommt, muss es auch so machen können, wie es ihm beliebt. Die Zentralarbeitskammer ist bereit, sich in jeder Hinsicht zu unterwerfen, doch ist die Preussische Regierung nicht bereit, die Zentralarbeitskammer zu einem Vertrag zu verpflichten.

Landrat und Genossenschaftswesen.
In dem den Landräten empfohlen wurde, sich um die Genossenschaften in jeder Weise zu kümmern. Dem kann man nicht zustimmen. Der Landrat soll wohl anregen, Genossenschaften zu gründen. Aber damit sollte die Tätigkeit des Landrats beschränkt sein. Alles, was vom Landratsamt kommt, muss es auch so machen können, wie es ihm beliebt. Die Zentralarbeitskammer ist bereit, sich in jeder Hinsicht zu unterwerfen, doch ist die Preussische Regierung nicht bereit, die Zentralarbeitskammer zu einem Vertrag zu verpflichten.

Landrat und Genossenschaftswesen.
In dem den Landräten empfohlen wurde, sich um die Genossenschaften in jeder Weise zu kümmern. Dem kann man nicht zustimmen. Der Landrat soll wohl anregen, Genossenschaften zu gründen. Aber damit sollte die Tätigkeit des Landrats beschränkt sein. Alles, was vom Landratsamt kommt, muss es auch so machen können, wie es ihm beliebt. Die Zentralarbeitskammer ist bereit, sich in jeder Hinsicht zu unterwerfen, doch ist die Preussische Regierung nicht bereit, die Zentralarbeitskammer zu einem Vertrag zu verpflichten.

Landrat und Genossenschaftswesen.
In dem den Landräten empfohlen wurde, sich um die Genossenschaften in jeder Weise zu kümmern. Dem kann man nicht zustimmen. Der Landrat soll wohl anregen, Genossenschaften zu gründen. Aber damit sollte die Tätigkeit des Landrats beschränkt sein. Alles, was vom Landratsamt kommt, muss es auch so machen können, wie es ihm beliebt. Die Zentralarbeitskammer ist bereit, sich in jeder Hinsicht zu unterwerfen, doch ist die Preussische Regierung nicht bereit, die Zentralarbeitskammer zu einem Vertrag zu verpflichten.

Landrat und Genossenschaftswesen.
In dem den Landräten empfohlen wurde, sich um die Genossenschaften in jeder Weise zu kümmern. Dem kann man nicht zustimmen. Der Landrat soll wohl anregen, Genossenschaften zu gründen. Aber damit sollte die Tätigkeit des Landrats beschränkt sein. Alles, was vom Landratsamt kommt, muss es auch so machen können, wie es ihm beliebt. Die Zentralarbeitskammer ist bereit, sich in jeder Hinsicht zu unterwerfen, doch ist die Preussische Regierung nicht bereit, die Zentralarbeitskammer zu einem Vertrag zu verpflichten.

Landrat und Genossenschaftswesen.
In dem den Landräten empfohlen wurde, sich um die Genossenschaften in jeder Weise zu kümmern. Dem kann man nicht zustimmen. Der Landrat soll wohl anregen, Genossenschaften zu gründen. Aber damit sollte die Tätigkeit des Landrats beschränkt sein. Alles, was vom Landratsamt kommt, muss es auch so machen können, wie es ihm beliebt. Die Zentralarbeitskammer ist bereit, sich in jeder Hinsicht zu unterwerfen, doch ist die Preussische Regierung nicht bereit, die Zentralarbeitskammer zu einem Vertrag zu verpflichten.

Landrat und Genossenschaftswesen.
In dem den Landräten empfohlen wurde, sich um die Genossenschaften in jeder Weise zu kümmern. Dem kann man nicht zustimmen. Der Landrat soll wohl anregen, Genossenschaften zu gründen. Aber damit sollte die Tätigkeit des Landrats beschränkt sein. Alles, was vom Landratsamt kommt, muss es auch so machen können, wie es ihm beliebt. Die Zentralarbeitskammer ist bereit, sich in jeder Hinsicht zu unterwerfen, doch ist die Preussische Regierung nicht bereit, die Zentralarbeitskammer zu einem Vertrag zu verpflichten.

Der Etat wird bewilligt. Zu den Etats des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses liegt eine Resolution der Kommission vor, nach einem Gesetz, durch welches das Recht der Präsidenten zur Vertretung des Kaisers und die Rechtsverhältnisse der Beamten dieser Häuser neu geregelt werden. **Abg. Reiner (Soz.)** weist darauf hin, dass der stenographische Bericht einer Sitzung des Herrenhauses 2000 Mark Kosten verursacht. (Hört! hört!) Das könne unmöglich so weiter gehen! Die Regierung behandle das Haus in jeder Beziehung unwürdig. Man denke nur an das Liebermann an Arbeit des Hauses in letzter Zeit, das lediglich eine Folge der späten Einberufung des Landtages sei.

Die Etats werden genehmigt, ebenso die Resolution der Kommission beim Etat der allgemeinen Finanzverwaltung. **Abg. Rosch (Sp.)** über die hohen Preise in Berliner Opernhäusern. Nach Ansicht maßgebender Kreise seien die Leistungen der Königl. Oper unzulänglich. Die Gläubiger ausländischer Komponisten würden in erster Linie berücksichtigt.

Der Etat wird bewilligt, ebenso noch eine Reihe kleinerer Etats und der sogenannte Notparagraf. Damit ist die zweite Etatsberatung beendet. Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 12 Uhr. Keine Vorlagen. **Schluss 5 1/2 Uhr.**

Deutsches Reich.

In Sachen des Modernisteneides

ist im Herrenhause folgende Interpellation eingebracht worden:
1. Ist der Königl. Staatsregierung bekannt, ob Professoren preussischer Universitäten freiwillig den Antimodernisteneid geleistet haben? 2. Sämt die Königl. Staatsregierung den Antimodernisteneid mit den im Dienstverhältnis von Professoren übernommenen Verpflichtungen für vereinbar? 3. Wenn Frage 2 mit Ja beantwortet wird: Ist nicht die Königl. Staatsregierung der Ansicht, dass das Ansehen, die Würde und der Charakter der Universitäten eine Mindererfahrung, wenn es ihren Mitgliedern freistellt, sich nach Art des Antimodernisteneides zu binden? 4. Was gedenkt die Königl. Staatsregierung zu tun, um die auch ihr anvertraute Würde der preussischen Universitäten, die durch erfolgte oder auch nur mögliche Ablegung des Antimodernisteneides seitens einzelner ihrer Mitglieder gefährdet erscheint, zu wahren?
Berlin, den 20. März 1911.

Dr. Reine, Dr. Kistner, Dr. von Stitting, Dr. Borchers, Dr. Busch, Prinz zu Schaumburg-Lippe, Dr. Grottel, Dr. Faber, Dr. Fuß, Dr. Gerhardt, Dr. Hamm, Räte, Dr.-Ing. Lammardt, Dr. Leoning, Halle a. S., Dr. Merten, Mitglied, Dr. Rive-Halle a. S., Dr. von Schmoller, Scholz, Schulze, Tramm, Kolig, Dr. Wiedepfer.

Die Erste Kammer für Elsaß-Lothringen.

Die Reichstagskommission für den elsäß-lothringischen Verfassungsentwurf verhandelt Dienstag vormittag über die Zusammenlegung der Ersten Kammer. Zu besonders lebhaften Erörterungen gab hierbei die Frage Veranlassung, ob die Arbeiterkammer vertreten sein solle oder nicht. Herr von Diercks (Soz.) sprach sich energisch dagegen aus, während Herr (Soz.) ebenso lebhaft dafür eintrat. Der Sprecher der fortschrittlichen Volkspartei begründete folgenden Antrag:

„Die Zahl der vom Kaiser ernannten Mitglieder darf den dritten Teil der Gesamtzahl der übrigen Mitglieder nicht übersteigen.“

Das Recht des Kaisers, die Hälfte der Mitglieder zu ernennen, gehe entschieden zu weit. Er sei auch gegen die Vereinigung der konfessionellen Genossenschaften. Dem Vorschlag des Zentrums, den Landgemeinden eine bessere Vertretung zu gewähren, stimme ich zu. Im gleichen Sinne äußert sich der Redner der national-liberalen Partei. Er könne nicht einsehen, warum die Bischöfe Vertreter haben sollten und die Farmer nach extra eine Vertretung. Die Bischöfe seien die besten Vertreter der Konfession und diese Vertretung genüge vollauf. Im übrigen verfolge seine Partei die Tendenz, sich möglichst der Regierungsvorlage anzubequemen.

Der Antrag, der Ersten Kammer drei Arbeitervertreter anzugliedern, halte seine Partei aufrecht. Der Zentrumsredner sucht die gegen den Antrag seiner Partei erhobenen Einwände zu widerlegen. Er betont, daß die Parität es dringend verlange, den Katholiken die vorgeschlagene Vertretung zu gewähren. Hinsichtlich des Ernennungsrechts des Kaisers sei doch zu erwägen, daß der Kaiser bei der Ernennung der Mitglieder mitwirke, welche kraft ihres Amtes zur Ersten Kammer gehörten. Es könne ihm daher unmöglich das Recht zugestanden werden, noch einmal die Hälfte der Mitglieder zu ernennen. — Der sozialdemokratische Redner erklärt, seine Partei sei gegen die Erste Kammer, aber wenn sie doch einmal geschaffen werde, so dürfe man die Arbeiterkammer nicht ausschließen. Das würde ein Ausnahmeregime gegen die Arbeiter bedeuten, dem seine Partei ganz entschieden widerspreche.

Ein Regierungsvertreter trat energisch für die Regierungsvorlage ein. Den Verbindeten Regierungen liege jeder Gedanke der Imparität fern. Er verweise auf Sachieu, wo die evangelische Geistlichkeit auch nicht entsprechend der Bevölkerung in der Ersten Kammer vertreten sei. — Gegen alle erhobenen Einwände spricht ein elsäß-lothringisches Mitglied des Zentrums: Die elsäß-lothringische Bevölkerung empfinde das vorgeschlagene Ernennungsrecht des Kaisers als ein Mißtrauen. Wenn die Verbindeten Regierungen die Verfassungsreform als einen Sprung ins Dunkle bezeichnen, so müßten sie die Vorlage zurückziehen. Er bitte um Annahme der Zentrumsanträge.

Zwei von den Anträgen werden zurückgezogen, die übrigen abgelehnt. Von der Regierungsvorlage wird nur 1/3, Ziffer 1 angenommen. Danach würden der Ersten Kammer als Mitglieder nur angedehnt die Bischöfe zu Straßburg und Metz, der Präsident des Oberkonsistoriums der Kirche Augsburgischer Konfession, der Präsident des

Synodalvorstandes der reformierten Kirche und der Präsident des Oberlandesgerichts zu Kolmar. Bei der Abstimmlung über den betreffenden Antrag, der die übrigen Vertreter der Ersten Kammer aufzählt, ergaben sich wechselnde Majoritäten; in der Gesamtstimmzahl wurde er abgelehnt, so daß hier eine empfindliche Klüfte entstanden ist.

Hierauf vertagte sich die Kommission.

Die neue Spionageaffäre.

Der in Hamburg verhaftete Engländer bleibt bei jedem Verhör dabei, daß er Kaufmann sei, und hat noch mit keiner Silbe verstanden lassen, daß er etwa einem britischen Offizierskorps angehöre. Auch sind unter den beschlagnahmten Briefen und Schriften keinerlei Inhaftungspapiere gefunden worden, aus denen die Angehörigkeit des Engländers zur englischen Marine hervorgeht. Außer den zuerst gemeldeten Verhaftungen sind bis jetzt keine weiteren erfolgt; durch die mit großem Eifer geförderte Untersuchung scheint aber die Annahme, der Hauptschuldige sei entflohen, hinfällig geworden zu sein. Vielmehr wird jetzt angenommen, daß die beiden Hauptpersonen der Engländer und einer der in Bremen verhafteten Leute sind.

Das Disziplinarverfahren gegen den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Liebschütz

hat, wie ein Regierungsvertreter nach dem „Vorwärts“ in der Geschäftsordnungs-Kommission des Abgeordnetenhauses mitteilte, seinen Ausgang von einer Eingabe genommen, die ein Rechtsanwalt in Berlin im Oktober vorigen Jahres an den Justizminister gerichtet hat mit dem Antrage, gegen Liebschütz wegen seines Auftretens auf dem Wladiburger Parteitag einzuschreiten. Der Justizminister hat die Eingabe weitergegeben an den Oberstaatsanwalt des Kammergerichts mit dem Antrage, zu prüfen, ob Veranlassung vorliegt, ehrengerichtlich oder strafrechtlich einzuschreiten. Der Oberstaatsanwalt hat dann als unmittelbarer Beauftragter des Justizministers sich u. a. an den Oberreichsanwalt gewandt, und dieser hat sich dahin geäußert, daß er keinen Anlaß zu einem Einschreiten habe. In gleichem Sinne hat sich der Oberstaatsanwalt in Braunschweig in Verbindung mit dem dortigen Staatsanwalt in Wladiburg geäußert, und zwar ist letzterer davon ausgegangen, daß Liebschütz es sich um eine Beleidigung des Jaren handele, ein Strafverfahren nicht stattfinden könne, weil kein Strafverbot vorliegt, ganz abgesehen davon, ob der Gegenstandsvertrag mit Rußland verbürgt sei.

Parteinachrichten.

Der national-liberale Wahlausschuß des Wahlkreises Worms-Heppenheim hat an den in Berlin tagenden national-liberalen Parteiausschuß telegraphisch einen Protest gerichtet, in dem er sich gegen das Auftreten Dr. Stresemanns in Mainz gegen die „Wormser Ede“ wendet.

Kleine vermischte Nachrichten.

Der Oberpräsident Freiherr v. Rheinbaben weist seit Montag in Ludwigshafen, um mit der Ludwigshafener Regierung in Sachen des Moskalanisierungsplanes zu verhandeln. Die Betriebsmaßnahmen der preussischen hessischen Staatsbahnen haben im Monat Februar 1911 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres im Personenverkehr 0,8 Mill. Mark = 2,4 v. H., im Güterverkehr 8,6 Mill. Mark = 8,4 v. H., insgesamt einschließlich der Mehreinnahmen aus sonstigen Quellen 17,0 Mill. Mark = 7,34 v. H. mehr betragen. Die Zahl der Sonn- und Feiertage war in beiden Jahren gleich. Hinsichtlich der Errichtung eines Kaiser-Wilhelm-Denkmals in Bannau ist vom Magistrat der Stadt Bannau beschlossen worden, ein Wettbewerb zu wägen, als Gesamtwettbewerb 100000 Mark auszurufen und den fehlenden Restbetrag durch Sammlung bei der Bürgerchaft aufzubringen. Es soll ein Preisauschreiben veranlaßt, sondern mit einem Künstler unmittelbar in Verbindung getreten werden.

Hof- und Personalmeldungen.

Der Gesundheitszustand der Kaiserin. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hatte am Freitag abend, wie aus unserer Sonnabend-Morgenausgabe erhellt, gemeldet, die Kaiserin werde trotz ihres angegriffenen Gesundheitszustandes unter Unterbrechung der Reise nach Korfu in Wien an dem Besuche bei Kaiser Franz Josef teilnehmen. Diese Worte haben in der Öffentlichkeit vielfach Befremden erregt, weil man auf diese Weise über einen lebenden Zustand der Kaiserin unterrichtet wurde. Tatsächlich war die Kaiserin unter der Angunst der Witterungsverhältnisse des verlassenen Winters mehrfach Infuenzankräften ausgelegt, die ihr Befinden unangenehm beeinflussten. Von einem eigentlichen Leiden der Kaiserin läßt sich trotzdem nicht sprechen; das beweist die Teilnahme an der Reise nach Korfu und der Besuch beim Kaiser Franz Josef zur Genüge. Immerhin aber läßt das Befinden der Kaiserin den Aufenthalt in dem südlichen Klima Korfuss gewinnlich erscheinen.

Das Kronprinzenpaar in Sizilien.

Der Kronprinz verbrachte die letzte Zeit auf Jagd. In Begleitung von Hauptmann Darrell und Major Solly stand jagte er in der Nähe der Pyramiden. In der Wüste war ein Zell aufgehängt, wo die Kronprinzessin mit Gefolge lagerte. Am Sonnabend abend nahm das Kronprinzenpaar an einem Fest mit Rang im Goozy Hotel teil, wo die Kronprinzessin dem mit englischen Offizieren tanzte. Der Kronprinz in Zivil am 29. März erfolgt die Abreise von Suva auf einem italienischen Schiffe. Amort wird der Kronprinz nach 3 Tage in der Umgebung von Suva auf Jagd gehen.

Ausland.

Ermondung des russischen Gefandten in Peking?

Das von uns mit Vorbehalt verzeichnete Gerücht von der Ermondung des russischen Gefandten in Peking ist bis zur Stunde von keiner amtlichen Seite bestätigt worden. Es ist aber auch andererseits von zuverlässiger Stelle kein Dementi der Richtigkeit zu erhalten, was immerhin ausfallen muß.

anlagen nötig. Eine Unternehmung im Zuge der Prinzessinnenstraße erfordert 90 000 Mark Kosten. Der Gemeinderat beschloß, daß die Stadt den dritten Teil dieser Kosten übernimmt.

Einleben. 21. März. (Zabritkau.) Die frühere Heftige Malchinfabrik am Bahnhof Einleben ist durch Kauf in den Besitz des Ingenieurs Karl Reißbach übergegangen.

Nordhausen. 21. März. (Entflossen.) Der vor einigen Tagen von der Strafkommission in Nordhausen wegen schweren Diebstahls, Urkundenfälschung und Unterschlagung zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilte Wägrige Arbeiter Anton Wilmmer aus Einleben, geht in Nordhausen, der fängere Zeit unter dem Namen Krämer verschiedene Straftaten verübte und in Kofka mit noch zwei anderen Komplizen den Einbruchsdiebstahl bei den Karrenfuhrerinnen Haase ausführte, ist gestern mittag aus der Krankenabteilung des Nordhäuser Gefängnisses entlassen.

Bernburg. 21. März. (Ein ehrlicher Finder.) Ein hiesiger Herr verlor in Stahlfeld bei Begehung seiner Straßenbahnfahrkarte sein Portemonnaie mit einigen hundert Mark Inhalt. Ein Straßenbahnführer fand es, lieferte es ab und erhielt vom hiesigen Richter eine entsprechende Belohnung.

Meiningen. 20. März. (Zwei Elefantenzähne) sind auf dem Gelände der königlichen Hauptwerkstätte, das kürzlich geplant wird, gefunden worden. Von dem Ergebnis der Untersuchung ist noch nichts in die Öffentlichkeit gedrungen.

Gera. 20. März. (Landtagsvorlage.) Dem Landtag ist eine Vorlage zugegangen, die einen Zuschuß zu den Kosten des vom Logistalmeistern altertumsforschenden Verein zu Hohenleubus zu errichtenden Museumsgebäudes in Höhe bis 30 000 Mark fordert.

Jena. 20. März. (Von den diesjähr. Wandern.) Wie von zuvorigen Seite verläutet, finden die diesjährigen Wandern des 11. Marinecorps in den Kreisen Wittenleben, Heiligenstadt, Norditz, Mühlhausen, Rangenlausa, Weihenke, Gangerhausen, Nordhausen, Einleben und Sondershausen in der Zeit vom 8. bis 20. September statt.

Silbberghausen. 20. März. (Die mangelhafte Unterbringung der Reisenden auf der Feldburger Bahn hat schon oft zu sehr berechtigten Klagen Anlaß gegeben. Aber die in sich auch in der letzten vergangenen Tagung des meiningischen Landtags wieder geäußert worden. Wie mit nun erfahren, kommen noch in diesem, allerhöchstens aber im nächsten Monat, neue Personennagen für die Feldburger Bahn zur Anlieferung, so daß man auf eine baldige Besserung der beklagten Verhältnisse rechnen darf.

Leipzig. 20. März. (Ergebnisse der Marquiritentage.) Das genaue Ergebnis des Leipziger Marquiritentages wird jetzt bekannt gegeben. Der Reinertrag stellt sich auf 150 795,30 Mark. Die Einnahmen, die 8767,15 Mark betragen, dürfen als außerordentlich mäßig bezeichnet werden; die Gesamteinnahme belief sich brutto auf 168 472,57 M. — In Chemnitz hat die Marquiritentage einen Reinertrag von 88 451,82 Mark. — Es sind somit über- all beträchtliche Summen zu Zwecken der Wohltätigkeit durch die Sammlungen aufgebracht worden.

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

Der a. o. Prof. der Anatomie und Direktor am anatomischen Institut der Universität Erlangen, Dr. Friedrich Hermann, wurde zum Hofrat ernannt. — Dem Assistenten bei Prof. v. Rosen am Zoolog. geologisch-mineralogischen Institut Dr. Richard Lang wurde die venia legendi für Mineralogie, Petrographie und Botanik in der dortigen naturwissenschaftlichen Fakultät erteilt. — Prof. Dr. med. Julius Raede, Privatdozent und Oberarzt an der chirurgischen und Herdenklinik der Universität Kiel, wurde zum Oberarzt der Städtischen Grenzanstalt in Frankfurt a. M. berufen: er tritt dort an Stelle von Dr. Wachsmauth, der die Leitung der Grenzanstalt in Elbing übernimmt. — Der ehemalige Assistent am Heidelberger mineralogischen Institut Dr. Ernst Weder hat den Ruf als Professor der Mineralogie an die chemische Universität in Belling angenommen. — Die Privatdozenten an der Universität Jena Dr. med. Ernst Frey und Dr. phil. Robert Marz sind zu außerordentlichen Professoren ernannt worden.

Rektoratsverfassung für die Tierärztliche Hochschule in Hannover.

Dem Streik, den die Studenten der Tierärztlichen Hochschule in Hannover vor einiger Zeit viele Tage lang mit großer Beharrlichkeit durchgeführt haben, ist ein vollkommener Erfolg beschieden.

Wie der „Hannoversche Courier“ aus zuverlässiger Quelle erzählt, ist die umwandlung der Direktorenseinstellung an der Hochschule in eine Rektorenschaft für den 1. April bei den nächsten Jahres in Aussicht genommen. Die fortwährende Führung ist aus staatsrechtlichen Gründen nicht angängig erschienen, aber es sollen schon jetzt, abgesehen von dem Titel Rektor und den Funktionen eines Administrators, dessen Stelle durch den Staatshaushalt erst neu geschaffen werden muß, sämtliche Vorschriften des Statuts der Berliner Tierärztlichen Hochschule, an der die Rektorenschaft bereits besteht, alsobald in Kraft treten.

Theater und Musik.

Leoncavallo's „Maia“.

Im königl. Opernhause zu Berlin ging am Sonnabend zum ersten Male „Maia“, Oper in drei Akten von Ruggiero Leoncavallo in Szene. Die Oper hatte, besonders nach dem zweiten Akt, einen guten Erfolg, der aber nur der Musik galt, denn der Librettist, Paul de Chodens, hatte einen Vorwand, der an und für sich schon nicht mehr neu ist, ziemlich uninteressant und ungeschicklich behandelt.

Maia ist eine Bäuerin in der Comazone. Sie wird von Renaud, dem Sohne Germain's, in dessen Mierei sie bedientet ist, geliebt und liebt ihn wieder. Auch der Herr Torias begehrt sie zum Weibe. Er wird natürlich vergebens um sie, doch als er ihr erzählt, Renaud, der zurzeit Soldat ist, habe sie verraten, ehe sie ihm, wenn das wahr ist, wolle sie Torias geheben. Renaud sehr Schmeichler in Boucotte erschwindet er ihm — der Braut, die ihm der Vater ausgeheiratet hat, Maia macht ihm sich nach und nach auch die zwei am Ende am letzten der Geschiedenen stehende Volkswomen ansehnlich, geschmückt wird. Nur einer nimmt sich ihrer an, Torias, dem sie nun folgt. Allein, obwohl sich Renaud als ein Schwächling erwiesen hat, auf den kein Verlaß ist, während Torias allein als ein Held gepriesen wird, hängt ihr Herz nach wie vor an jenem. Sie kann es nicht über sich bringen, sich

Torias ohne Liebe zu geben und will deshalb den Tod in der Hölle liden. Da kommt Renaud, der sich Maia's wegen nachträglich mit dem Vater entzweit hat, um sich für immer mit ihr zu vereinen. Indessen ist die Maia, die bei ihnen geirren hat, nicht Renaud, sondern Torias selbst. Die beiden Hinaufen geraten hart aneinander, Renaud zückt das Messer gegen Torias, doch nicht dieser, sondern Maia, die sich zwischen die Kämpfenden geworfen hat, empfindet den tödlichen Stoß und stirbt in den Armen des verzweifelnden Renaud.

Leoncavallo ließ sich wohl durch einige Gefühlsmomente und heutzige Bilder zur Komposition dieses Stückes verleiten. Diese Stellen gelangen ihm auch vorzüglich, nur da, wo der Librettist phrasenhaft wird, wird die Musik auch unklar und falsch-sentimental. Die Darstellung war unter Leo's Leitung sehr befriedigend. Die Hauptrollen waren durch Frau Kurt (Maia) und die Herren Bishoff (Torias) und Malcannen (Renaud) gut vertreten, für eine lebensvolle Inszenierung hatte Oberregisseur Drescher gesorgt.

Friedrich Haases Erbe.

Der nachfolgende Friedrich Haases, der bekanntlich auf jahrzehntelangen Gastspielreisen große Summen verdient hat, ist landläufig auf mindestens zwei Millionen Mark geschätzt worden. Das dürfte aber doch zu hoch gegriffen sein. Das nachgelassene Vermögen Friedrich Haases wird eine Million Mark kaum übersteigen, da den großen Einnahmen auch große Ausgaben gegenüberstehen haben. Seine große Liebe es, ein großes Haus zu führen, und er hat stets eine offene Hand gehabt; namentlich wirtschaftlich zurückgekommenen Kollegen gegenüber beistehende er seinen Wohlthätigkeitssinn. Es sei an dieser Stelle auch an die großartige Hunderttausenden-Mark-Stiftung zugunsten der Pensionatsanstalt der Genossenschaft Deutscher Bühnennangehöriger erinnert, die allerdings erst nach dem Tode seines einzigen Sohnes zur Ausfüllung gelangt.

Von den persönlichen Bestätigungen Friedrich Haases sind die gesamten Rottme nach Dessau verkauft worden, während Wollmar, Paris und Postzeit seine Verläuten geerbt haben.

Operetten-Premieren.

Aus Düsseldorf wird uns gemeldet: „Das erste Weib“, eine Operette von Bruno Hartl, erzielte bei der Eröffnung am Düsseldorf Stadttheater einen durchschlagenden Erfolg. Verschiedene Nummern mußten mehrmals wiederholt werden. Barz als Ophelia, Welschow als Wilfring, Frau Fröhlich-Förster als erstes Weib sowie die Regie Peller waren ausgezeichnet.

Unser Wiener r. p. Korrespondent schreibt: Karl Weinberg's Operette „Die romantische Frau“, mit dem Libretto nach Wülfers „Schritt vom Wege“, von Lindau und Jendab, etwas vergrößert, aber textlich wie musikalisch Wülfers herausgeschickelt, hatte am Wiener Straußentheater einen durchschlagenden äußeren Erfolg mit den obigen Wiederholungen und vielfachen Hervorrufen der Autoren. Die Musik ist hellenweise fein gearbeitet und hat noble Instrumentation.

Bühnenscenen.

H. H. Die Intendanz der Münchener Hoftheater beabsichtigt, Dittlie Wegger-Roßheim (Hamburg) als Gast für die aussehende Frau Freise-Mahenauer zu engagieren.

Die Aufführung der Operette „Meine Tante, deine Tante“ von Frau Prof. Arthur Rißig wird bestimmt am 1. April im Dresdener Hoftheater stattfinden.

Luftschiffahrt.

Der österreichische Militärballon „Lebaudy“, der vor drei Tagen von Wien nach dem etwa 240 Kilometer entfernten Litzing geflogen war, sollte Montag vormittag, nachdem eine Nachprüfung stattgefunden hatte, die Rückfahrt nach Wien antreten, doch war inzwischen ein Wetterwechsel eingetreten, der Wind hatte sich verstärkt und starke Böen hatten eingesetzt. Um 1/2 Uhr nachmittag war ein starker Windstoß das stark verlastete Luftschiff auf die See, so daß die Mannschaften in Gefahr kamen, zerquetscht zu werden. Die Gefährte und die Stabilisierungsflügel erlitten starke Beschädigungen. Infolge dessen wurde beschleunigt das Luftschiff sofort zu demontieren, was denn auch geschah. Der „Lebaudy“ wird nun mit der Bahn nach dem Gangar in Wien zurückgeschickt werden.

Vermischtes.

Der Nachkomme eines Herzogs im Elend gestorben. Ein Nachkomme des Herzogs Byron von Aurland, der unter den Kaiserinnen Anna, Elisabeth und Katharina II. in Russland von mächtigem Einfluß war, ist im Elend gestorben. In Duendburg in Rußland erkrankte sich ein armer, verarmter Mann namens Wilhelm o. Byron wegen Mangels an Geldmitteln. Ein Zweig der Nachkommen des Herzogs Byron von Aurland lebt auf Schloß Bartenberg in Preußisch-Schlesien. Es ist dies der Prinz Gultan Byron von Aurland, Major a la suite der preussischen Armee und Rechtsritter des Johanniterordens, und seine Familie.

„Bitte, mich nicht zu küssen!“ Spaniens Königin Victoria Eugenie, die mit dem König und ihren Kindern gegenwärtig in Sevilla weilt, hat eine Bewegung gegen das Küssen der Kinder ins Leben gerufen. Englischen Blättern wird telegraphiert, sie habe auch strengste verboten, daß ihre drei Kinder von auch noch so lokalen Unterthanen geküßt werden, da sie der Ueberzeugung ist, daß durch solche Bestrafungen häufig Krankheiten übertragen werden. Jede spanische Mama, die etwas auf sich und ihre Kinder hält, folgte natürlich sofort dem königlichen Beispiele, und jetzt läuft alles, was kurze Rufe und kurze Böen trägt, mit kleinen, eleganten Tafeln auf dem Rücken herum, auf denen zu lesen ist: „Bitte, mich nicht zu küssen!“ Neulich wollte die Frau des Oberjägers von Alcazar die kleine, jetzt zwei Jahre alte Infantin Beatrice in der Ueberwallung ihrer Gefühle in die Arme schließen und küssen, was nur im letzten Moment noch von einer strengen Borne verhindert werden konnte. Aber da hatte die Borne ohne das Pringessen geredet, denn diese ließ sich trotz des königlichen Verbotes die Bestrafung der alten Anbitterin gern gefallen.

Solentod-Fiasco in Wien. Zwei Damen, die den Met hatten, mit Hosenanzug in Wien zu debütieren, trafen dort in einem großen Restaurant, wofin sie sich schließlich vor den Kunstgelehrten mußten, eine so harte Reoalutag hervor, daß unbeschreiblichen Unannehmlichkeiten gelang es endlich, sie in Sicherheit zu bringen. Das Schicksal des Solentods scheint damit in Wien entschieden zu sein.

Letzte Nachrichten.

Streikunruhen in Portugal.

8. Lisbon, 21. März. Es wurden gestern gegen 50 Personen verhaftet, darunter das Streikorganisationskomitee. Es stehen noch viele Verhaftungen (sensationaler Natur bevor. — Alle Stadtviertel wurden von Kavallerie durchstreift, keine Volksversammlungen wurden erlaubt. Das Vergehen der Regierung macht einen guten Eindruck. Da die sogenannten Streikenden fast ausschließlich aus Großhändler bestehen, von dem ohne strenge Aufsicht alles zu befürchten wäre. Montag ist infolge des Streikrechts kein Abendblatt erschienen, doch wird es voraussichtlich möglich sein, einige Morgenblätter herauszubringen. Die Redaktionsliste werden von der republikanischen Garde besetzt. Die Mannschaften der Baste, welche sich dem Ausstand angeschlossen wollten, wurden von der republikanischen Garde umzingelt und es wurden einige Verhaftungen vorgenommen. — In Lamego ist eine Anzahl von Personen unter dem Verdachte verhaftet worden, sie hätten das 9. Infanterieregiment zu einem Aufstand gegen die Republik aufzuregen versucht.

Stichwahl in Gießen.

Gießen, 21. März. (Privattelegramm.) Bei der heutigen Stichwahl entfielen auf den Sozialdemokraten Sedmann 11 501 und auf den Antijemiten Berner 12 487 Stimmen. Berner ist somit gewählt. — (Bei der am 10. März stattgefundenen Reichstagsersatzwahl in Gießen-Grünberg-Küda entfielen auf Korcell (Vollspazier) 5008, auf Sedmann (Sogdem.) 7699, auf Giese (natf.) 2390 und auf Berner (Antijemiten) 7462 Stimmen. Es war somit Stichwahl zwischen dem sozialdemokratischen und antijemiten Kandidaten notwendig. (Die Red.)

Schlechtes Maas.

Verurteilung wegen betrügerischen Einnehmens.

H. München, 21. März. (Privattelegramm.) Im Prozeß vor der Strafkammer des Landgerichts München I gegen den Pfleger des „Südenbräukellers“, Erwig, und einer Reihe von Schenkellnern wurde betrügerisches Einnehmen heute nach mehrtägiger Verhandlung das Urteil gefällt. Erwig wurde wegen Vergehens des vollkommenen und verlustigen Betruges zu 6 Wochen Gefängnis und zu 3000 Mark Geldstrafe oder weiteren 300 Tagen Gefängnis, der Schenkellner Anton Koppfer zu drei Wochen, der Schenkellner Mich. Koppolt zu zwei Wochen und zwei weitere Angeklagte zu je einer Woche Gefängnis verurteilt. Außerdem sind die Angeklagten zum Kostenersatz verurteilt worden. — (Bei dem ersten Prozeß im Vorjahre wurden ebenfalls sämtliche Angeklagte freigesprochen. (Die Red.)

Größtens.

Koblenz, 21. März. Das königliche Lehrerseminar in Oberwerth ist zum größten Teile heute nachmittag abgegangen. Unfälle sind nicht zu verzeichnen, jedoch sind den vielen jungen Mädchen, die in der Anstalt wohnten die Sachen verbrannt. Als Ursache gilt Kurzschluß.

Die Vereinigten Staaten und Mexiko.

San Antonio, 21. März. Der heutigen Unterredung Laftis mit dem mexikanischen Botschafter de la Barra wird eine entscheidende Bedeutung beigelegt. Hier neigt man zu der Annahme, es komme bald zum Marz an die Grenze. 120 Personennagen werden hier zur Truppenbeförderung bereit gehalten, wie aus diesen Angaben geschlossen werden kann. Divisiongeneral Carter erklärt allerdings, davon nichts zu wissen. Jetzt sind hier 9900 Mann und 597 Offiziere versammelt. — Kooselst ist heute in der Stadt Phoenix in Arizona angekommen.

Festgenommene Räuberbande.

Marburg, 21. März. Die Polizei nahm in dem nach Wostau abgehenden Bahnzuge eine fängig gefaschte, aus 16 Personen bestehende bewaffnete Bandebande fest, die offenbar die Wäfst hat, vier mit demselben Zuge fahrende Kaufleute aus Siedice zu berauben, die bedeutende Geldbeträge mit sich führten.

Stuttgart, 21. März. Der neue Zeppeleinbau, „Erzschiff Deutschland“ ist heute fertiggestellt, daß mit der Fällung begonnen werden kann. Die erste Probefahrt ist Sonntag geplant.

Frankenthal, 21. März. Der Direktor der Frankenthaler Volksbank, Ferdinand Heinz, wurde in seiner Wohnung tot aufgefunden. Der Gesahnd der Lufter war geöffnet. Die Kasse der Bank befindet sich in bester Ordnung.

W. Petersburg, 21. März. Da die chinesische Note nicht ganz befriedigend, insbesondere in Bezug auf das chinesische Handelsmonopol, wird die russische Regierung durch eine Note die chinesische Regierung auffordern, die russischen Forderungen ohne jede Einschränkung anzuerkennen.

Unterhaltungsblatt.

Gräfin Labbers Gesellen. Roman von Fr. Lehne. Frühlingsanfang. Von Fr. Linde. — „Auf ins Heu.“ — Bunte Zeitung.

Leitung Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den literarischen Teil: Wilhelm Georg. Eugen Wintner, für Ausland und Welt: Nachrichten: Karl Wintner, Frankfurt, Vermischtes: Martin Kerschmager, für den Lokalteil: Albert Barth, Druck und Verlag von Otto Henkel, Gießen, in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich Unterhaltungsblatt.

